Reform der gesetzlichen Unfallversicherung

Neue Organisationsstruktur – wurde dem Reformbedarf Rechnung getragen?

Insidern aus der Unfallversicherung ist die Thematik des vorliegenden Beitrags weitgehend bekannt, für alle anderen scheinbar nur von begrenztem Interesse, aber nur scheinbar, denn die gesetzliche Unfallversicherung steht zurzeit in der größten Umbruchphase ihrer mehr als 100-jährigen Geschichte.

Sie ist zwar ein überaus erfolgreiches System, erfährt international hohe Anerkennung und dient als Referenzmodell für den Auf- und Umbau der Sozialsysteme in anderen Staaten, beispielsweise einigen osteuropäischen Staaten und China. Dennoch gilt: Was heute Bestand haben soll, muss sich wandeln, denn das Bessere ist der Feind des Guten. Es gilt, den richtigen Weg zu finden: das bewährte System mit der Verbindung von Prävention, Rehabilitation und Entschädigung nicht zu gefährden oder gar zu zerschlagen, sondern weiterzuentwickeln. Primäres Ziel dabei sollte sein, bei gleicher oder besserer Qualität mit effizienteren Strukturen zu finanziellen Einsparungen zu kommen. Also nicht Revolution, sondern Evolution ist angesagt.

Gesetzliche Grundlagen

Eckpunktepapier

Im vergangenen Jahr wurde in der Politik ein Reformpaket geschnürt. Schon im Koalitionsvertrag war angekündigt worden, die gesetzliche Unfallversicherung zu reformieren. Ende Juni 2006 legte ei-

ne Bund-Länder-Arbeitsgruppe das „*Eckpunktepapier zur Reform des Rechts der gesetzlichen Unfallversicherung*“ vor. Aufbauend darauf folgte am 05.12.2006 der erste Gesetzesentwurf. Das besondere Augenmerk der Politik lag dabei primär auf der Neuausrichtung der Organisationsstruktur der gesetzlichen Unfallversicherung.

Zunächst bleibt festzuhalten, dass das „Eckpunktepapier“ sehr positive Grundaussagen zum System enthält und vorschlägt, dass die erfolgreichen Grundprinzipien der gesetzlichen Unfallversicherung beibehalten und weiterentwickelt werden sollen. Von der Fundamentalkritik an den Kernpunkten der gesetzlichen Unfallversicherung ist praktisch nichts übrig geblieben. In diesem Zusammenhang seien nur die Forderungen einiger Interessenverbände genannt, für die sich manche Bundesländer und Parteien anfangs offen – oder besser anfällig – gezeigt hatten, mit den Stichworten Privatisierung, Monopolklage, Entflechtung der Aufgabentrias von Prävention, Rehabilitation und Kompensation. Weiterhin wurde in Abkehr von den gutachterlichen Ratschlägen der Professoren Rürup und Steinmeyer – die einen Unfallversicherungsträger favorisierten – auch die Branchengliederung prinzipiell bestätigt. Den Grundstrukturen und der Arbeit der gesetzlichen Unfallversicherung wurde im Prinzip ein gutes Zeugnis ausgestellt.

Daneben gab es im Eckpunktepapier und anschließend im Entwurf für ein Unfallversicherungsreformgesetz (UVRG)

Überlegungen für Veränderungen in der gesetzlichen Unfallversicherung. Die wesentlichen Punkte werden im Folgenden kurz dargestellt.

Angedachte Veränderungen in der gesetzlichen Unfallversicherung

Zahl der Berufsgenossenschaften

Die gewerblichen Berufsgenossenschaften sollen auf 9 reduziert werden. Mit der Übernahme dieser Zahl von 9 gewerblichen Berufsgenossenschaften im Gesetzesentwurf gegenüber der Zahl 6 im Eckpunktepapier griff das BMAS (Bundesministerium für Arbeit und Soziales) das Konzept der Berufsgenossenschaften auf, das die Mitgliederversammlung des HVBG, jetzt DGUV, im Dezember 2006 beschlossen hatte. Damit wird eine gewisse Branchengliederung, die den Namen noch verdient, beibehalten.

Der Zeitplan des Arbeitsentwurfs ist jedoch sehr ehrgeizig: Die Fusionen sollen 2009 abgeschlossen werden.

Träger der gesetzlichen Unfallversicherung

Auch zur Neuorganisation der UV-Träger der öffentlichen Hand enthält der Gesetzesentwurf einige Aussagen: Für die landesunmittelbaren UV-Träger der öffentlichen Hand sollen die Landesregierungen, für die bundesunmittelbaren UV-Träger deren Selbstverwaltungen bis zum 30.06.2008 Konzepte vorlegen. Dabei geht es insbesondere darum, die Zahl

der landesunmittelbaren UV-Träger der öffentlichen Hand am Ende auf einen pro Land zu reduzieren. Derzeit gibt es noch rund 30 landesunmittelbare Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand.

Kosten

Es werden eine neue Zuständigkeitsordnung und eine Neuregelung der Lastenverteilung – das sind im Wesentlichen die hohen finanziellen Belastungen im Bergbau und im Baubereich – zwischen den gewerblichen Berufsgenossenschaften gefordert. In beiden Fällen wurden die Vorschläge der Berufsgenossenschaften weitgehend aufgegriffen.

Zusätzlich wird im Gesetzesentwurf ein Einsparziel von 20% genannt, um das die Verwaltungs- und Verfahrenskosten bis zum Jahr 2014 gesenkt werden sollen. Diese Vorgabe wird so schnell wahrscheinlich nicht erreichbar sein, denn erfahrungsgemäß entstehen bei Fusionen zunächst Transaktions- und Koordinierungskosten. Ferner sind Verwaltungskosten fast ausschließlich Personalkosten, und hier gibt es einen sehr weitgehenden Kündigungsschutz.

Verband

Der Gesetzesentwurf sieht die Zusammenführung des Hauptverbandes der gewerblichen Berufsgenossenschaften mit dem Bundesverband der Unfallkassen zu einem gemeinsamen Spitzenverband vor, und zwar in der Rechtsform einer Körperschaft des öffentlichen Rechts. Bisher ist unser Dachverband privatrechtlich organisiert, und zwar als e. V.

Bereits vollzogene und geplante Umstrukturierungen

DGUV

Unseres Erachtens gibt nur die bisherige vereinsrechtliche Lösung der Selbstverwaltung, also den Sozialpartnern, den Spielraum, den sie braucht, um innovative und praxisnahe gemeinsame Lösungen zu entwickeln und flexibel – sei es branchenspezifisch oder spezifisch für den gewerblichen bzw. für den öffentlichen Bereich – auf Veränderungen zu reagieren. Ein einheitlicher Dachverband in der Form einer Körperschaft des öffentlichen Rechts

dagegen würde einen direkten „Durchgriff“ des Ministeriums auf den Spitzenverband und die Berufsgenossenschaften ermöglichen. Um das zu verhindern, haben sich die beiden Spitzenverbände sehr mutig zu einem neuen Verband mit dem Namen DGUV in der Rechtsform eines eingetragenen Vereins mit Wirkung vom 01.06.2007 zusammengeschlossen.

Nach derzeitigem Stand gehen wir davon aus, dass die Politik dies akzeptiert, jedenfalls so lange, wie die DGUV auch als e. V. die Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben sicherstellt. Es ist m. E. auch davon auszugehen, dass dies in Bezug auf die Neuorganisation gelingt.

Zentralisierung

Berufsgenossenschaften

Sie haben sich auf eine Konzentration verständigt. Es sollen leistungsfähige und für einen längeren Zeitraum stabile Solidargemeinschaften entstehen, die den Herausforderungen eines zukünftigen Strukturwandels gewachsen sind. Die Branchenorientierung als das wesentliche Organisationsprinzip der gewerblichen Unfallversicherung bleibt dabei im Grundsatz erhalten.

Die Vorgabe „neun Berufsgenossenschaften“ wurde ebenfalls aufgegriffen, einige Fusionen sind bereits vollzogen oder beschlossen:

- Die Bauberufsgenossenschaften haben sich zu einer einzigen, bundesweit tätigen Berufsgenossenschaft der Bauwirtschaft mit Sitz in Berlin zusammengeschlossen.
- Es gibt eine große Metallberufsgenossenschaft Nord-Süd mit Sitz in Mainz, in der sich mehrere Berufsgenossenschaften der Metallwirtschaft vereint haben.
- Die Berufsgenossenschaft für den Einzelhandel und die Großhandels- und Lagerei-Berufsgenossenschaft bilden bald die Berufsgenossenschaft für Handel und Warenlogistik mit Sitz in Mannheim.
- Die Berufsgenossenschaft der Feinmechanik und Elektrotechnik fusioniert mit der Textil- und Bekleidungsberufsgenossenschaft. Parallel haben die Holz-BG und die BG für Druck und Papierverarbeitung die Fusion

beschlossen. Die Gesamtfusion im Bereich des verarbeitenden Gewerbes soll der nächste Schritt sein.

- Die Verwaltungs-BG wird mit der Berufsgenossenschaft der keramischen und Glasindustrie fusionieren. Weiterer möglicher Fusionspartner ist die BG der Gas-, Fernwärme- und Wasserwirtschaft.
- Die Berufsgenossenschaft für Fahrzeughaltung will mit der See-BG fusionieren.
- Die BG Chemie, die Bergbau-BG, die Steinbruchs-BG und die Verwaltungsgemeinschaft der Leder-, Zucker- und Papiermacherberufsgenossenschaft führen konkrete Fusionsverhandlungen mit dem Ziel, eine gemeinsame Berufsgenossenschaft für Rohstoffe und Chemie zu bilden.

Unfallkassen

Im öffentlichen Bereich – also bei den Unfallkassen – wird es ebenfalls Konzentrationen geben. Ziel ist es, pro Bundesland nur noch einen Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand zu haben – die Zahl soll also von ehemals 34 auf 16 reduziert werden. Auch hier sind erste Fusionen bereits vollzogen, weitere vereinbart.

Spitzenverbände

Auch auf der Ebene der Spitzenverbände sind in den letzten Monaten wichtige, grundlegende Veränderungen eingetreten, die sich unmittelbar auf unseren Landesverband Südwestdeutschland auswirken werden. Denn es liegt in der Natur der Sache, dass eine Reform des Spitzenverbands auch die Landesverbände tangiert.

Landesverbände

Sie sind der entscheidende Brückenpfeiler zwischen der praktischen Rehabilitationsarbeit in Praxen und Kliniken, den angeschlossenen Unfallversicherungsträgern und den koordinierenden Aufgaben eines Spitzenverbands. Sie stellen sicher, dass die Erfahrung der Praxis im Spitzenverband in dortige Beschlüsse mit einfließt. Im Bereich der medizinischen Rehabilitation, der bei der Unfallmedizinischen Tagung von besonderem Interesse ist, beteiligten Landesverbände Ärzte, Krankenhäuser und sonstige Einrichtungen am Heilverfahren der gesetzlichen Unfallver-

sicherung. Die regionale Struktur stellt sicher, dass die Belange von Ärzten, Kliniken und Therapeuten, wie bisher vor Ort angenommen und Entscheidungen über Beteiligungen schnell und praxisnah getroffen werden können.

Landesverbände bieten Fortbildungsmöglichkeiten für Ärzte und medizinische Leistungserbringer an. Hier sei auf die Einführungsseminare in die D-Arzt-Tätigkeit, die Fortbildungsveranstaltungen für Chefärzte an VAV-Krankenhäusern und für deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verwiesen.

Die Landesverbände sind Vertragspartner bei Vereinbarungen von Krankenhauspflegesätzen, bei Preisregelungen für orthopädiotechnische Hilfsmittel oder bei Gebührenregelungen z. B. für Umschulungsmaßnahmen in Berufsförderungswerken.

Die Landesverbände führen das Gutachterverzeichnis und bemühen sich um die Sicherung einer hohen Qualität, und nicht zuletzt organisieren sie Unfallmedizinische Tagungen wie die heutige, wobei es u. E. auch künftig Unfallmedizinische Tagungen in Baden-Baden geben wird.

Der Landesverband Südwestdeutschland hat in der Vergangenheit viele Projekte initiiert, wie das der „Weller-Tabelle“, die eine EDV-gestützte Heilverfahrenssteuerung durch die berufsgenossenschaftlichen Verwaltungen überhaupt erst möglich machte. Geistiger Vater ist Professor Weller, der ehemalige Ärztliche Direktor der Unfallklinik in Tübingen. Ferner sei an die „Konsensuskonferenz bildgebende Verfahren“ erinnert, mit der hier in Baden-Baden für die jeweils indizierte bildgebende Diagnostik bei Unfallverletzungen Maßstäbe gesetzt werden konnten. Mit der Arbeitsvermittlungsstelle „job.bg“ bringt der Landesverband Südwestdeutschland Menschen, die durch einen Arbeitsunfall oder eine Berufskrankheit aus dem Berufsleben geworfen wurden, wieder in den ersten Arbeitsmarkt zurück. Diese beispielhaften Projekte werden weit über die Grenzen des Landesverbands Südwestdeutschland hinaus akzeptiert und praktiziert.

Nach kontroversen Diskussionen ist jetzt davon auszugehen, dass die Landesverbände ihre wichtigen Aufgaben auch in Zukunft im Wesentlichen unverändert

Trauma Berufskrankh 2008 · 10 [Suppl 3]:285–289 DOI 10.1007/s10039-007-1327-z
© Springer Medizin Verlag 2007

E. Radek

Reform der gesetzlichen Unfallversicherung. Neue Organisationsstruktur – wurde dem Reformbedarf Rechnung getragen?

Zusammenfassung

Die gesetzliche Unfallversicherung steht zurzeit in der größten Umbruchphase ihrer Geschichte. Dabei gilt es, das bewährte System nicht zu gefährden oder zu zerschlagen, sondern weiterzuentwickeln. Primäres Ziel sollte sein, bei gleicher oder besserer Qualität mit effizienteren Strukturen finanzielle Einsparungen zu erreichen. Gesetzliche Vorgaben zu dieser Umstrukturierung waren bereits im Koalitionsvertrag angekündigt, inzwischen wurde das „Eckpunktepapier zur Reform des Rechts der gesetzlichen Unfallversicherung“ erstellt, auf dem wiederum Gesetzesentwürfe basieren. Einige der im Eckpunktepapier geforderten Änderungen wurden von den gewerblichen Berufsgenossenschaften bereits umgesetzt bzw. sind geplant, z. B. die Zusammenlegung einiger Berufsgenossenschaften.

Einige der vom Gesetzgeber angestrebten Maßnahmen, insbesondere bei einer Neuordnung des Leistungsrechts, sind jedoch kontraproduktiv, würden hohe Kosten verursachen oder die Qualität und den Bestand dieses Sozialsystems gefährden. Hier gilt es, die Reformschritte aktiv und kritisch positiv zu begleiten, um den Bestand und die Qualität der gesetzlichen Unfallversicherung zu sichern.

Schlüsselwörter

Gesetzliche Unfallversicherung · Reform · Gesetzgeber · Versorgungsqualität · Kosteneinsparung

Reform of compulsory accident insurance. New organisational structure – have the necessary reforms been taken into account?

Abstract

The compulsory insurance scheme, which is a very successful system, is at present undergoing the biggest upheaval in its history. The aim is not to endanger or destroy the established system, but to develop it further. The primary target is to attain financial savings by a more efficient structure but thereby also maintaining the same or an improved quality. The legal guidelines for this restructuring were already scheduled in the coalition contract but in the meantime the „Framework agreement for reform of the legal basis of the compulsory insurance scheme“ has been formulated, on which again parliamentary bills are based. Some of the changes demanded in the framework agreement have already been introduced or planned by professional trade

associations, central and national bodies as well as the compulsory insurance scheme, e.g. the merger of some trade associations and further centralisation measures. Some of the measures strived for by the legislator are, however, counterproductive and would result in increased costs or would endanger the quality and existence of this social system. It is necessary to actively and critically follow the stages of the reform in order to safeguard the existence and quality of the compulsory insurance scheme.

Keywords

Compulsory insurance scheme · Reform · Legislator · Quality of care · Cost savings

wahrnehmen können. Konkrete Entscheidungen zu dieser Thematik stehen derzeit an und werden noch in diesem Jahr getroffen werden.

Kosten

Neben den Änderungen in der Organisation waren auch im Leistungsbereich Umgestaltungen vorgesehen. Ende April 2007 fasste das BMAS seine Vorstellungen dazu in einem ersten Arbeitsentwurf zusammen. In den Grundzügen war Folgendes geplant:

- Die bisherige einheitliche Versicherungrente sollte aufgespalten werden in eine Erwerbsminderungsrente und einen Gesundheitsschadensausgleich.
- Die Erwerbsminderungsrente sollte auf die Zeit des Erwerbslebens begrenzt werden. Die Höhe sollte sich nach der konkreten unfallbedingten Einkommenseinbuße bemessen.
- Um negative finanzielle Folgen für Versicherte im Alter zu vermeiden, sollte die gesetzliche Unfallversicherung in der Erwerbsphase Beiträge an die gesetzliche Rentenversicherung entrichten.
- Der einkommensunabhängige Gesundheitsschadensausgleich dagegen sollte grundsätzlich bis zum Lebensende gezahlt werden. Anspruch auf Ausgleich sollte ab einem Grad der Unfallfolgen von 30% bestehen.

Der Leiter der amerikanischen Raketenforschung, Wernher von Braun, antwortete einst auf die Frage, warum die Russen 1957 mit ihrem Sputnik die Ersten waren: „Bei der Eroberung des Weltraums sind zwei Probleme zu lösen: Die Schwerkraft und der Papierkrieg. Mit der Schwerkraft wären wir fertig geworden ...“

Man kann es ihm nachfühlen. Denn die geplanten Regelungen zum Erwerbschadens- und Gesundheitsschadensausgleich sind aus unserer Sicht viel zu kompliziert und bürokratisch. Diese Sicht wird u. a. vom Deutschen Richterbund geteilt, der in einer Stellungnahme vor den Auswirkungen gewarnt hat. Zusammenfassend kommt dieser zu folgender Einschätzung:
„Der Übergang des bewährten Systems der abstrakten Schadensbemessung zu ei-

ner konkreten Betrachtungsweise, ist aus Sicht der gerichtlichen Praxis abzulehnen. Wenn diese Absicht im Gesetz verwirklicht werden würde, wäre zu erwarten, dass die Gerichte die vermehrten Belastungen nicht ohne zusätzliches Personal bewältigen könnten. Ferner würden sich die ansteigenden Kosten der Sachverhaltsermittlungen nicht unerheblich auf die Justiztats auswirken“.

Der Richterbund kritisierte auch die Vielzahl unbestimmter Rechtsbegriffe im Gesetzesentwurf, die ebenfalls eine deutliche Ausweitung des Ermittlungsaufwands und eine Welle von Klagen erwarten ließen. Denn über die Auslegung von Begriffen wie „in Betracht kommender Arbeitsmarkt“, oder „Beurteilung schädigungsunabhängiger Gesundheitsstörungen“, „soziale Gerechtigkeit“, „zumutbare Tätigkeit“ kann man sicherlich trefflich streiten.

Es ergibt keinen Sinn, komplizierte und verwaltungsaufwändige Regelungen vorzuschlagen und zugleich von den Berufsgenossenschaften zu fordern, ihre Verwaltungskosten in 4 Jahren um 20% zu senken. Bei einer Reform im Sozialversicherungsbereich sind im Übrigen die Verwaltungskosten nur vordergründig interessant, denn sie belaufen sich auf unter 10% der Gesamtausgaben. Von größerem Interesse sind die Gesamtausgaben, also die verbleibenden 90%, nämlich die Summe der Leistungen. Hier geht das BMAS davon aus, dass die Regelungen des Arbeitsentwurfs in der Unfallversicherung zu deutlichen Mehrkosten führen werden. In den Unterlagen, die das Ministerium für die Beratung in der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Verfügung gestellt hat, werden die Mehrausgaben in den ersten 30 Jahren auf anfangs fast 400 Mio. EUR/Jahr geschätzt. Erst ab etwa 2040 soll für die Unfallversicherung die Phase der Minderausgaben beginnen. Diese sollen dann etwa 300 Mio. EUR im Jahr betragen. Nach dieser Schätzung dürften wir also in 60–70 Jahren wieder beim Status quo angelangt sein. Das entspricht sicher nicht den Erwartungen der Bevölkerung. Insbesondere die jungen Menschen hegen doch die Hoffnung, dass sich die Spirale steigender Kosten der Sozialversicherung nicht weiter nach oben entwickelt.

Diskussion

Die Sozialpartner lehnen das Reformvorhaben in der Form des Arbeitsentwurfs unisono ab, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen. Im Ergebnis resultierte dies zunächst in einer Auszeit. Die Koalitionspartner hatten Gesprächs- und Entscheidungsbedarf, der erst im Oktober 2007 im Koalitionsausschuss zum Abschluss gebracht wurde mit dem Ergebnis, dass die Organisationsreform im November 2007 als Gesetzesentwurf vorgelegt werden soll, und zwar einschließlich der Neuregelung von Lastenausgleich, Vermögensrecht und einiger kleinerer Positionen, und die Reform des Leistungsrechts in einem 2. Schritt mit noch nicht festgelegtem Zeitpunkt erfolgen soll.

Der Beitragstitel stellt die Frage, ob dem Reformbedarf Rechnung getragen worden ist. Dies zu beantworten, ist schwer, wenn man selbst in der gesetzlichen Unfallversicherung Verantwortung trägt und somit Betroffener ist. Da der Autor dieses Beitrags an der 32. Unfallmedizinischen Tagung zum letzten Mal als Geschäftsführer des Landesverbandes Südwestdeutschland teilgenommen hat, kann er diese Frage evtl. objektiver beantworten, als wenn er persönlich die Auswirkungen einer guten oder einer schlechten Reform der gesetzlichen Unfallversicherung unmittelbar vertreten müsste. Insofern sei ein persönliches Wort bzw. eine eigene Bewertung gestattet: Im Wirtschaftsteil der FAZ vom 15.10.2007 wurde ein Buch von Michael von Hauff mit dem Titel *„Die Zukunftsfähigkeit der sozialen Marktwirtschaft“* und der Sozialsysteme besprochen. Eine Feststellung in diesem Buch lautet:

„Die inflationäre Ausdehnung des Solidaritätsprinzips ist in Zeiten notwendiger Kürzungen in den Sozialversicherungssystemen und im Wettbewerb globalisierter Märkte der Grund für den sicheren Untergang der sozialen Marktwirtschaft als Wirtschaftsordnung und als Gesellschaftskonzept“.

Dies ist sicherlich deutlich zu pessimistisch. Aber es zeigt, wenn auch überspitzt, die Sorge, die hinter diesem Satz steht. Man könnte es m. E. folgendermaßen formulieren: Unser soziales Sicherungssystem und die soziale Marktwirtschaft sind weiterhin als Zukunftsmodell

geeignet. Das System muss aber künftig ein Konzept entwickeln, das Ökonomie, Ökologie und sozialer Ausrichtung gleichermaßen verpflichtet ist.

Unsere gesetzliche Unfallversicherung stellt m. E. ein hervorragendes Sozialsystem in Deutschland dar. Medizinisches Personal, die BG mit ihren Mitarbeitern, die Mitarbeiter der UV-Träger usw., sie sind alle Bestandteil dieses Systems und tragen alle zu seinem Erfolg bei. Dieser Sozialversicherungszweig hat die Jahrzehnte der Bundesrepublik Deutschland in guten und weniger guten Zeiten unbeschadet überstanden. Hiobsbotschaften, wie sie aus den anderen Sozialversicherungszweigen zu vernehmen waren oder noch sind, wie Unterfinanzierung, Zuschüsse aus Steuermitteln, Leistungskürzungen, z. T. bei gleichzeitiger Beitragssteigerung, waren bei uns nicht zu vernehmen, ganz im Gegenteil! Wir sind für Reformen offen und werden sie aktiv und konstruktiv begleiten. Voraussetzung ist aber, dass sie dazu beitragen, uns wirtschaftlicher und effektiver zu machen.

Das bisher bei der Organisationsreform Erreichte wird m. E. diesem Anspruch längerfristig gerecht, die Vorschläge zur Reform des Leistungsrechts dagegen nicht. Wir werden die weiteren Reformschritte aktiv und kritisch positiv begleiten und hoffen auf eine gute Zukunft der Unfallversicherung.

Korrespondenzadresse

Dr. E. Radek

Landesverband Südwestdeutschland
der gewerblichen Berufsgenossenschaften,
Kurfürsten-Anlage 62, 69115 Heidelberg
service@heidelberg.lvbg.de

Interessenkonflikt. Der korrespondierende Autor gibt an, dass kein Interessenkonflikt besteht.